NIEDERSÄCHSISCHE AKADEMIE DER GEOWISSENSCHAFTEN
VERÖFFENTLICHUNGEN HEFT 18

ROHSTOFFSICHERUNG UND NATURSCHUTZ

Niedersächsische Akademie der Geowissenschaften
Veröffentlichungen

Heft 18

ROHSTOFFSICHERUNG UND NATURSCHUTZ

mit Beiträgen von

JAN BUCK-EMDEN, EDITH BÜSCHER, PETER DOMOGALLA, JAN HARFF, ALFRED LANGER,
GERT LEIDNER, HOLGER MIETHE, THILO ORGIS, DIETER PASTERNACK, STEFAN RÖSLER, KLAUS-MICHAEL ROTHE,
GEORG SCHARECK, MANFRED SICHTING, MICHAEL SUTORIS, HANS-PETER THOMAS,
VOLKER WOHLERT UND ROLF ZUNDEL

Nds. Akad. Geowiss. Veröff.	**18**	89 S.	35 Abb.	7 Tab.	Hannover 2000

Herausgeber: Niedersächsische Akademie der Geowissenschaften
Postfach 51 01 53, D-30631 Hannover

Geschäftsführer: Dir. u. Prof. Dr. Ernst-Rüdiger Look; Tel. (0511) 6 43 24 87

Redaktion: Dr. Rainer Müller; Tel. (05323) 72 2640

ISBN: 3-510-95869-1

ISSN: 0936-7063

In Kommission: E. Schweizerbart´sche Verlagsbuchhandlung (Nägele u. Obermiller)
Johannesstraße 3A, D-70176 Stuttgart

Für die Inhalte der einzelnen Beiträge sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Inhalt

Programm des Parlamentarischen Abends am 14.11. 2000 in Hannover 5

GEORG SCHARECK
Rohstoffsicherung und nachhaltige Raumplanung ? 6

STEFAN RÖSLER
Nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg 11

ALFRED LANGER
Rohstoffsicherung in Niedersachsen 16

PETER DOMOGALLA
Abbauleitplanung im mittleren Wesertal (Landesplanung, Raumordnungskonzept) 22

DIETER PASTERNACK
Genehmigungsverfahren zum Abbau von oberflächennahen Rohstoffen (Bodenabbau) 28

MANFRED SICHTING, HOLGER MIETHE, THILO ORGIS & VOLKER WOHLERT
Erfahrungen eines mittelständigen Unternehmens der Steine-und-Erden-Industrie mit der Umsetzung der FFH-/EU-Vogelschutzrichtlinie 36

GERT LEIDNER & HANS-PETER THOMAS
Kalkstein und Kalkprodukte als Ausgangsmaterialien für Sekundärrohstoffe und deren Verwendung 41

ROLF ZUNDEL
Rohstoffsicherung und Naturschutz
Perspektiven des Naturschutzes bei wachsender Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen 50

MICHAEL SUTORIS
Vom Nassabbau zum Naturschutzgebiet im Okerbruch, Stadt Wolfsburg - Erfahrungen mit der Renaturierung einer Kies- und Sandlagerstätte in Verbindung mit einer Ersatzmaßnahme nach NNatG 60

EDITH BÜSCHER
Entwicklung von Flora und Fauna im Diabassteinbruch Wolfshagen im Harz von 1989 bis heute 66

Programm des Parlamentarischen Abends am 18. Mai 1999 in Schwerin 74

KLAUS-MICHAEL ROTHE
Rohstoffgewinnung als Wirtschaftsfaktor in Mecklenburg-Vorpommern unverzichtbar 76

JAN HARFF
Geowissenschaften in Forschung und Landesdienst in Mecklenburg-Vorpommern 79

JAN BUCK-EMDEN
Rohstoffgewinnung zwischen Ökonomie und Ökologie 82

Parlamentarischer Abend 2000

Rohstoffsicherung und Naturschutz

Dienstag, 14. November 2000
um 17.30 Uhr
im Niedersächsischen Landtag,
Restaurant Leineschloß,
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Hannover,

Begrüßung

Prof. Rolf Wernstedt
Präsident des Niedersächsischen Landtages

Univ.-Prof. Dr. Horst Quade
Präsident der Niedersächsischen Akademie der Geowissenschaften

Vorträge

Rechtsanwalt Georg Schareck
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer,
Baugewerbeverband Schleswig-Holstein, Kiel
Rohstoffsicherung und nachhaltige Raumplanung

Rechtsanwalt Dr. Volker Müller
Hauptgeschäftsführer,
INW Institut der Niedersächsischen Wirtschaft, Hannover
Vorgaben der Europäischen Union zum Abbau mineralischer Rohstoffe

Dipl. Ing. (FH) Stefan Rösler
Landesvorsitzender Naturschutzbund Deutschland,
Landesverband Baden-Württemberg, Stuttgart
Nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg

Rohstoffsicherung und nachhaltige Raumplanung

Georg Schareck

Kurzfassung: Rohstoffe der Steine-und-Erden-Industrie sind Bodenschätze. Dies belegt ihr volkswirtschaftlicher Nutzen. Deshalb wird auch durch den Gesetzgeber die „vorsorgende Rohstoffsicherung" auf der Planungsebene, der wirtschaftliche Fördergedanke zumindest für die Steine-und-Erden-Bodenschätze, die unter Bergaufsicht stehen, festgelegt. Die übrigen Steine und Erden sind rechtlich disloziert und im Wortsinne rechtszersplittert. In Abhängigkeit ihrer vor allem regionalen Märkte werden sie dort, wo sie gerade heute gesellschaftlich und politisch beachtet werden müssten – auf Bundes- und Landesebene – kaum realisiert. Und wenn, dann trotz der entgegenstehenden volkswirtschaftlichen Wertung: abwehrend. Dem europäischen Recht folgend können jedoch Bemühungen um nachhaltige Entwicklung rechtlich, politisch und gesellschaftlich genutzt werden, diese als Klammer für die Steine-und-Erden-Industrie in zunehmendem Maße positiv zu nutzen. Dies auch als Notwendigkeit darzulegen, ist Ziel des Beitrages.

1 Einleitung

Es gibt eine Rohstoffproblematik!? In Deutschland, landesbezogen in Niedersachsen, gibt es genügend große, auch qualitativ interessante Rohstoffvorkommen zur langfristigen Absicherung des Bedarfes an mineralischen Rohstoffen vor allem für die Bauindustrie[1]. Auch für Niedersachsen ist die Steine-und-Erden-Industrie ein wichtiger Schlüsselfaktor für das Bauen und damit für das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Der größte Teil (ca. 85 – 90 %) des Steine und Erden Absatzes wird im Bausektor verbraucht. Trotz respektabler Fördermengen von bundesweit über 750 Mio. t/J. nimmt die Steine-und-Erden-Industrie umgerechnet nur rund 0,006 % der Bundesfläche in Anspruch für laufende Betriebe[2], - das statistische Bundesamt weist für das Jahr 1997 für alle in Anspruch genommenen Flächen einschließlich der großen Energiebergbauflächen eine „Betriebsfläche Abbauland" von 0,5 % aus. In Anbetracht dieser Flächengrößen zieht die Steine-und-Erden-Industrie ein beachtliches Interesse auf sich – überwiegend zur Abwehr von Vorhaben. In Niedersachsen soll dazu nur exemplarisch auf den sogenannten Gipskompromiss hingewiesen werden, der von 1981 bis heute ausfüllungsbedürftig ist[3]. Diese Abwehr rüstet sich vor allem aus dem Naturschutzrecht und planungsrechtlich aus der sogenannten „Bedarfsproblematik". Geklammert werden diese Entwicklungen durch eine sehr dynamische Gesetzgebung und Auslegung der sogenannten Nachhaltigkeit. Es gibt die Rohstoffproblematik vor diesem Hintergrund „noch" nicht. Aber die Unternehmen der Steine-und-Erden-Industrie haben in wachsendem Maße erhebliche Probleme, den vorhandenen Bedarf mit umweltverträglich gewonnenen Mineralen zu decken – ohne diesen durch Importe auch zu Umweltdumpingpreisen zu kompensieren.

2 Bodenschätzegewinnung und Rohstoffsicherung: Auslegungsfragen

Die Begrifflichkeiten Bodenschatz und Rohstoffsicherung haben beide etwas mit einem Teilaspekt des Dilemmas der Steine-und-Erden-Industrie zu tun. Einen Bodenschatz im Wortsinne zu sichern, fiele schon psychologisch nicht sehr schwer. Sich aber begriffsnotwendig hierunter z.B. die Massenrohstoffe wie Hartgesteine, Sand und Kies vorstellen zu sollen, bedarf näheren Hinsehens. Nicht von ungefähr hatte selbst das Allgemeine Preußische Bergrecht als Vorläufer des heutigen Bundesberggesetzes nur die sogenannten Sylvester- und Industrieminerale zu „Bodenschätzen" gewidmet. Die Massenrohstoffe blieben außen vor. Diese Entwicklung ist bemerkenswert, als gerade der sogenannte technische Fortschritt unmittelbar Hand in Hand mit der Produktivitätssteigerung und Verbesserung der Effizienz von die-

Anschrift des Autors: Rechtsanwalt Georg Schareck
Baugewerbeverband Schleswig Holstein,
Hopfenstraße 2e, 24114 Kiel.

Nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg

STEFAN RÖSLER

Mit ihrer gemeinsamen Erklärung „Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg" haben NABU und ISTE im Januar 2000 bundesweit Neuland beschritten. Nach jahrzehntelangen, teilweise heftigen Auseinandersetzungen kam es erstmals zu einer schriftlichen Vereinbarung zwischen Interessensverbänden des Naturschutzes und der Rohstoffindustrie. Dieser Vereinbarung gingen eine knapp fünfjährige, schrittweise Annäherung sowie intensive Diskussionen innerhalb der beiden Verbände voraus. Die erreichte, gemeinsame Plattform soll Basis eines nun verstärkt zu führenden, "kritischen Dialoges" sein, der den bislang verbreiteten „stummen Konflikt" ablösen soll. Dieser Dialog wiederum soll es erleichtern, trotz der zwangsläufig divergierenden Interessenslage der Verbände die ebenfalls vorhandenen, gemeinsamen Ziele zukünftig auch verstärkt gemeinsam zu verfolgen.

Primäre und satzungsgemäße Aufgabe des NABU ist es, sich mit aller Konsequenz für Erhalt und Schutz natürlicher Lebensräume, naturnaher Landschaften, der biologischen Vielfalt sowie den Schutz des Grundwassers einzusetzen. Gleichwohl bekennt sich der NABU in dieser Vereinbarung auch dazu, daß der Abbau von mineralischen Rohstoffen eine unverzichtbare Grundlage der Wirtschaft in Baden-Württemberg darstellt. Ausreichende Eigenversorgung und dezentraler Abbau tragen nicht zuletzt dazu bei, energieaufwendige Transporte und Importe zu minimieren. Zwar kann der Abbau dieser Rohstoffe mangels natürlicher Nachlieferung niemals als nachhaltig bezeichnet werden. Gleichwohl jedoch kann er bei Beachtung entsprechender Vorgaben vergleichsweise umwelt- und naturverträglich gestaltet werden. Mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung dokumentiert der NABU seinen Anspruch, als „Lobbyverband für Mensch und Natur" aktiv an einer zukunftsfähigen Entwicklung der Landnutzungs- und Wirtschaftspolitik mitzuwirken.

Der ISTE seinerseits formuliert den Anspruch, nicht nur während, sondern auch nach Abschluss des Abbaus in besonderer Weise den Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes zu entsprechen und im Rahmen seiner Möglichkeiten auf umweltverträgliche Folgenutzungen hinzuwirken. Auch die verstärkte Substitution von Primärrohstoffen sowie die Erhöhung der Recyclingquoten im Baustoffgewerbe soll weiter vorangetrieben werden, um eine möglichst langfristige Nutzung der vorhandenen Rohstoffvorkommen zu ermöglichen.

Durch eine Intensivierung des Dialogs sowie Kooperationen in den Abbaustätten vor Ort soll auf eine Entschärfung der Konfliktsituation und damit auf die Entwicklung eines möglichst umweltverträglichen Rohstoffabbaus im Land hingearbeitet werden. Dies bedingt jedoch vor allem eine Sensibilisierung der ISTE-Mitgliedsbetriebe für die Inhalte der Vereinbarung und eine verstärkte Berücksichtigung naturschützerischer Forderungen bzw. Empfehlungen. Speziell die Realisierung von Maßnahmen des Arten- und Biotopschutzes läßt sich vielfach mit vergleichsweise geringem Aufwand erreichen. Somit betrachtet der NABU die nachfolgend abgedruckte Vereinbarung vor allem auch als eine Meßlatte für die Mitgliedsbetriebe des ISTE. Eine Meßlatte, die eine Orientierung ermöglicht, inwieweit die von der Verbandspitze aus formulierten Ansprüche bezüglich einer verantwortungsbewußten Rohstoffnutzung auch im konkreten Einzelfall in der Fläche des Landes umgesetzt werden.

Anschrift des Autors: Dipl.-Ing. STEFAN RÖSLER,
NABU-Landesvorsitzender Baden-Württemberg,
Tübinger Str. 15,
70178 Stuttgart.

Rohstoffsicherung in Baden-Württemberg

Gemeinsame Erklärung
Naturschutzbund Deutschland (NABU),
Landesverband Baden-Württemberg e.V.,
Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Auf der Grundlage einer gemeinsam veranstalteten Tagung beschlossen NABU und ISTE eine Erklärung zur zukünftigen Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg als Start für eine gemeinsame Gesprächsrunde zur Diskussion bislang strittiger Punkte zu verabschieden. Die Rohstoffnutzung umfasst den Abbau von Sand und Kies, Naturstein, Lehm und Naturwerkstein.

Mineralische Rohstoffe - sinnvoll und ressourcenschonend nutzen

Kies, Sand und Naturstein sind weltweit die derzeit mengenmäßig wichtigsten Rohstoffe. Natürliche mineralische Rohstoffe bilden unter den jetzigen Verhältnissen eine wichtige Grundlage für die Wirtschaft in Baden-Württemberg. Ein geordneter Rohstoffabbau zur Deckung der notwendigen regionalen und überregionalen Bedürfnisse an Baustoffen ist deshalb zu gewährleisten.

Der Abbau von Rohstoffen greift nachhaltig in den Landschaftshaushalt ein und verändert diesen. Zahlreiche Eingriffe des Rohstoffabbaus in Wasserhaushalt, Boden, Vegetation und Tierwelt können zwar nicht kurzfristig, aber insbesondere beim Trockenabbau mittel- oder langfristig wieder ausgeglichen werden. Beim Nassabbau sind Eingriffe in manche Schutzgüter teilweise nicht wieder rückgängig zu machen.

Einerseits weisen landesweit viele still gelegte Abbaustätten einen hohen Naturschutzwert auf. Andererseits ist der Wert für den Arten- und Biotopschutz an zahlreichen Baggerseen v. a. durch intensive Freizeitnutzung gering. Entscheidend für den Naturschutzwert ist daher vor allem die Art der Folgenutzung. Rekultivierungen weisen im Gegensatz zu Renaturierungen oft einen vergleichsweise geringen Naturschutzwert auf.

Renaturierung und Rekultivierung – immer mit Rücksicht auf die Natur

Forschungsergebnisse belegen, dass auch viele im Abbau befindliche Gewinnungsstätten in der Regel einen hohen Wert für den Arten- und Biotopschutz haben. Die in Abbaustätten entstehenden Rohbodenstandorte können von einer Vielzahl seltener Pionierarten besiedelt werden. Je nach Ausgangssubstrat bleiben die Pionierstandorte unterschiedlich lange erhalten, da auch auf diesen Standorten die natürliche Sukzession abläuft, die in unseren Breitengraden in der Regel eine natürliche Wiederbewaldung zur Folge hat. Die einzelnen Sukzessionsstadien beinhalten eine jeweils typische Artenzusammensetzung. Sollen Pionierstandorte dauerhaft erhalten bleiben, sind Pflegemaßnahmen früher oder später unabdingbar. Sukzession in Abbaustätten ist unter Prozessschutzgesichtspunkten durchaus zu begrüßen. Die Vorkommen seltener Arten und Biotope in Abbaustätten dürfen nicht über die grundsätzliche Problematik des Abbaus in besonders wertvollen Biotopen und auf Auenstandorten hinweg täuschen.

Gemeinsame Erklärung zur Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg NABU / ISTE

Bei forstlichen Rekultivierungen sind Sukzessionsflächen und Vorwaldbegründungen häufig besser als aufwendige technische Waldbaumaßnahmen mit zweifelhaftem Erfolg. Neben der forstlichen Rekultivierung muss auch in erheblichem Umfang die Renaturierung im Sinne der Vermehrung von Waldbiotopen möglich sein.

Bei landwirtschaftlichen Rekultivierungen ist darauf zu achten, dass das Ertragspotenzial der Böden möglichst wieder hergestellt wird. Gleichzeitig sollen durch geeignete regionaltypische Maßnahmen vielfältige Strukturen (z. B. Hecken, Lesesteinhaufen, Streuobstwiesen) den Charakter der Landschaft wieder verbessern.

Negative Auswirkungen der Rohstoffgewinnung auf die Grundwasserqualität sind nicht bekannt. Dennoch ist sich die Steine- und Erdenindustrie

bewusst, dass die Freilegung des Grundwassers ein permanentes Gefahrenpotential durch Verunreinigungen bedeutet.

Behutsamer Abbau sichert Rohstoffressourcen künftiger Generationen

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hat der Begriff der nachhaltigen Entwicklung weltweite Bedeutung erlangt. Der Leitgedanke der Nachhaltigkeit ist die Integration von Ökonomie, Ökologie und sozialen und entwicklungspolitischen Aspekten. Als nachhaltig gilt eine Entwicklung dann, wenn sie auf Dauer angelegt ist und den nachfolgenden Generationen vergleichbare Nutzungsmöglichkeiten hinterlässt.

Der Anteil an Rohstoffabbauflächen liegt in Baden-Württemberg bei 0,2 Prozent der Landesfläche. Infolge einer historisch und geologisch bedingten Konzentration von Abbaustätten sind in Ausnahmefällen bis zu 15 Prozent der Fläche abgebaut. Baden-Württemberg verfügt – geologisch gesehen – über einen sehr großen Vorrat an abbaubaren Rohstoffen, die jedoch zu einem großen Teil aufgrund anderer Nutzungen nicht verfügbar sind. Dennoch wird bei endlichen Ressourcen, wie z. B. den mineralischen Rohstoffvorkommen, der Vorrat auf jeden Fall kleiner. Nachhaltigkeit kann nur bedeuten, die begrenzten Vorräte so lange wie möglich zu strecken und damit Raum für technische Fortschritte und alternative Lösungen zu schaffen. Der Rohstoffabbau muss daher auf eine möglichst langfristige Nutzung ausgerichtet werden.

Die Produktion der Rohstoffindustrie ist vom Bedarf und damit hauptsächlich von der Baukonjunktur abhängig. Da sich die Rohstoffindustrie als eine reine Bedarfsdeckungsindustrie versteht, ist die Bedarfsentwicklung die entscheidende Frage. Der konkrete zukünftige Bedarf lässt sich jedoch nicht genau abschätzen.

Der Bedarf und damit auch das Abbauvolumen sowie die Art der nachgefragten Baustoffe und Bauweisen werden von der Bauwirtschaft, öffentlichen Auftraggebern und privaten Bauherren festgelegt. Deren Nachfrage richtet sich jedoch auch nach dem Preis der angebotenen Rohstoffe.

Recyclingprodukte können insgesamt den Bedarf an Primärrohstoffen reduzieren. Der Recyclinganteil ist momentan aufgrund der anfallenden Bauschutt- und Straßenaufbruchmenge auf max. 10 Prozent des derzeitigen Abbauvolumens beschränkt. Trotzdem ist anzustreben, wenn dies technisch und ökonomisch möglich und sinnvoll ist, Primärrohstoffe durch Recyclingprodukte zu ersetzen. Der NABU vertritt daneben die Auffassung, dass unsere derzeitigen Baustandards, Baustoffprodukte sowie Siedlungs- und Verkehrsplanungen dringend der Überprüfung auf Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit bedürfen sowie verstärkt Ersatzstoffe, wie z. B. Holz im Hochbau, eingesetzt werden sollen.

Konflikte schon im Vorfeld vermeiden

NABU und ISTE sind sich einig, dass nur eine klare Abgrenzung der für Rohstoffabbau geeigneten Gebiete den Konflikt über den Rohstoffabbau in unserem dicht besiedelten Land lösen kann. Deshalb ist grundsätzlich eine bedarfsunabhängige Sicherung der natürlichen Rohstoffressourcen notwendig, damit künftige Generationen über die Verwendung der Rohstoffbasis entscheiden können. Diese Sicherung muss an amtlich durch das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau kartierten Lagerstätten durch die Regionalverbände vorgenommen werden. Aus diesen Sicherungsbereichen sind in der Regionalplanung durch Abwägung der unterschiedlichen Belange Vorranggebiete für den Rohstoffabbau zu entwickeln und Ausschlussgebiete festzulegen. Hierbei sind EU-, bundes- und landesrechtliche Bestimmungen und Programme zu beachten. Die sich ergebenden Vorranggebiete und Ausschlussgebiete müssen klar definiert und begründet werden.

Eine ergebnisoffene Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist im gesetzlichen Rahmen für Abbauvorhaben durchzuführen. Für jedes Abbauvorhaben ist ein Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) zu erarbeiten. Die UVP sowie der LBP haben auch die Folgenutzung der abgebauten Lagerstätten einzuschließen.

Durch dezentralen Abbau Natur und Landschaft möglichst wenig belasten

Bei NABU und ISTE besteht außerdem darüber Einigkeit, dass eine dezentrale Versorgung der Bauindustrie mit Rohstoffen Transportwege minimiert. Mineralische Rohstoffe sind deshalb vor allem regional zu gewinnen und zu verarbeiten. Landestypische Naturwerksteine sind gegenüber welt-weiten Importen zu bevorzugen und zu fördern. Weite Transporte sind zu vermeiden und der Transport umweltschonend abzuwickeln. Dies bedeutet, dass für eine ausreichende Eigenversorgung innerhalb Baden-Württembergs gesorgt werden muss.

Für den ISTE ist es zudem eine Selbstverständlichkeit, dass der Rohstoffabbau stets so umweltschonend wie möglich, d. h. dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend, zu erfolgen hat. Natur- und Umweltschutz haben während des Abbaus und der Folgenutzung einen hohen Stellenwert, der zukünftig noch gesteigert werden soll.

Für den NABU ist es einsichtig, dass während des Abbaus spontan entstehende Biotope den weiteren Fortgang des Abbaus und die in der Genehmigung festgesetzte Rekultivierung in der Regel nicht stören dürfen. Allerdings ist für den ISTE deren längst mögliche Erhaltung und die kontinuierliche Schaffung neuer Pionierstandorte selbstverständlich. Renaturierungen werden seitens des ISTE weiter gefördert.

Der Dialog wird fortgeführt

Da Rohstoffvorkommen endliche Ressourcen darstellen und die Frage der Bedarfsentwicklung die Abbaugeschwindigkeit zentral beeinflusst, schlägt der NABU finanzielle Steuerungsinstrumente, z. B. in Form einer Rohstoffabgabe, vor. Die Einnahmen sollen in einen Natur- und Umweltschutzfonds einfließen, dessen Gelder für Maßnahmen in den von den Abbaustätten betroffenen Regionen verwendet werden. Der ISTE steht finanziellen Steuerungsinstrumenten kritisch gegenüber.

Die Fragen des Grundwasserschutzes (Bewertung der Folgen des Eingriffs), der Koordination der Folgenutzung insbesondere bei Baggerseen, die Erhaltung der Auenstandorte (bestehende und geplante Überschwemmungsgebiete) und die Einführung einer Rohstoffabgabe sind zukünftig noch zu lösende Probleme zwischen ISTE, NABU und der Politik. Diese und andere strittige Fragen werden NABU und ISTE in einem künftigen Dialog versuchen zu klären.

Grundsätzlich wollen NABU und ISTE zukünftig zusammenarbeiten

- um den Dialog zwischen NABU und ISTE z. B. durch lokale Arbeitskreise und gemeinsame Begehungen von Abbaustätten zu fördern,
- die Rohstoffsicherung langfristig zu gestalten,
- den Abbau umwelt- und ressourcenschonend unter Berücksichtigung ökologischer Gegebenheiten durchzuführen,
- eine möglichst dezentrale Versorgung mit umweltschonenden Transportmitteln zu erreichen,
- die Folgenutzung von Abbaustätten möglichst umweltverträglich und an die natürlichen Voraussetzungen angepasst zu gestalten,
- die Substitution von Primärrohstoffen und die Erhöhung von Recyclingraten im Baustoffgewerbe voranzutreiben.

Stuttgart im Januar 2000

ISBN 3-510-95869-1
ISSN 0936-7063